

Messerattacke nach Messerattacke

In einem Intercity in Flensburg sticht ein Asylant mit einem Messer plötzlich auf einen anderen Fahrgast ein. Eine mitreisende Polizistin kommt dazu und wird auch verletzt. Dann zieht sie ihre Dienstwaffe - und tötet den Angreifer. Mit tödlichen Schüssen beendete eine 22-jährige Polizistin den Messerangriff im Intercity-Zug von Köln nach Flensburg.

Bei dem Mann handelt es sich nach ersten Erkenntnissen um einen Asylbewerber aus Afrika. Er soll in Nordrhein-Westfalen wohnen und eine befristete Aufenthaltserlaubnis für Deutschland haben. Sowohl die junge Polizistin als auch der zuerst attackierte Fahrgast wurden schwer verletzt. Lebensgefahr bestehe aber laut neuesten Polizeiangaben nicht. Jetzt darf auf die Empörung der grünen Zuwanderungsfanatiker gewartet werden, die den finalen Rettungsschuss wieder kritisieren.

Land auf Land ab herrscht Pflegenotstand



Quer durch die Republik herrscht Pflegenotstand. Qualifiziertes Personal in der Pflege wird dringend gesucht, jedoch ist die Bezahlung schlecht und die Bedingungen sind hart. Wenig Zeit, schlechte Bezahlung und viel Bürokratie prägend das Bild. Leittragende sind die Menschen, die auf

Pflege angewiesen sind. Regelmäßig warnen daher auch Wohlfahrtsverbände, dass der Personalmangel in der ambulanten Pflege in vielen Fällen eine ausreichende Versorgung pflegebedürftiger und kranker Menschen verhindere. In ihrem Koalitionsvertrag hat die Groko erneut Verbesserungen beschlossen und – wie vor jeder Wahl – großspurig angekündigt. Ob sich dringend notwendige Veränderungen ergeben ist eher fraglich, denn es geht um viel Geld und das wird lieber in anderen Bereichen investiert. Der Kostenanstieg darf jedoch nicht zulasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gehen. Besonders letzte Personen leisten oftmals sehr viel, um zumindest eine gewisse Lebensqualität zu gewährleisten. Fast klar sein dürfte der Vorschlag einiger Vertreter der Zuwanderungsparteien, die Asylbewerber zur Pflege heranziehen wollen. Dabei wird verdrängt und vergessen, dass viele dieser Personen über keine Qualifikationen verfügen und häufig sogar Analphabeten sind. Es ist eben die typische Verbindung eines bestehenden Problems, welches mit der sinnlosen Masseneinwanderung behoben werden soll.

Zielführend kann nur sein, ausreichend eigenes Personal heranzuziehen und diesen Beruf auch wirtschaftlich interessant zu gestalten. Billigpflege haben Bedürftige sicherlich nicht verdient. Grundlage muss auch eine Erneuerung des aktuellen Modells der Pflegekassen sein, da sich dieses offensichtlich nicht bewährt hat.

EU-Beitrittswahnsinn geht weiter



Es sollen weiterhin EU-Kredite an Pleitestaaten gezahlt werden und diese sollen noch schneller abrufbar sein, wenn EU-Staaten künftig Anspruch auf Kredite aus dem EU-Haushalt haben. Entsprechende Vorschläge legte die EU-Kommission bereits vor. Die Vorschläge sind Teil der EU-Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2027.

Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, so sollen EU-Staaten im Falle erheblicher „asymmetrischer Schocks“ künftig Kredite zum Schutz des Investitionsniveaus etwa in Bildung oder Infrastruktur erhalten. Brüssel will zudem 22 Milliarden Euro bereithalten, um Staaten bei Reformen zu unterstützen. Für Länder, die dem Euro beitreten wollen, sollen zudem knapp 2,2 Milliarden Euro bereitstehen, um sie bei nötigen Vorbereitungen zu unterstützen.

Neben diesen neuen Plänen fallen andere Forderungen von EU-Staaten kaum noch auf. So wurde z.B. in Italien nach der Neuwahl das neue Wirtschaftsprogramm vorgestellt. Hier findet sich u.a. die Forderung an die EU, 250 Milliarden Dollar Schulden Italiens zu erlassen und das Land von mehreren Einschränkungen bei Haushaltsausgaben zu befreien. Würde man dieser Forderung nicht nachkommen, wird mit dem Austritt aus der Eurozone gedroht. Der Ausstieg aus der Eurozone hätte dann zur Folge, dass sofort alle italienischen Staatsanleihen in europäischen Banken entwertet sind. Damit erleidet der Finanzsektor riesige Verluste, wobei Deutschland massiv betroffen wäre. Selbst wenn die Banken einen bedeutenden Teil der italienischen Staatsschulden vorher aufkaufen würden, lägen die Verluste bei hunderten Milliarden Euro.

Kandidaten zur Europawahl aufgestellt

Am letzten Wochenende wurden unsere Kandidaten für die Europawahl 2019 aufgestellt und damit der erste Schritt für den Wiedereinzug vollzogen. Angeführt wird die Liste von dem Arzt Volker Marsch, einem langjährigen und erfahrenen Funktionär und Kommunalpolitiker aus NRW.



Auf den nachfolgenden 4 Plätzen gewählt, der Landesvorsitzende Schöne aus Bayern, Herr Wilke aus Niedersachsen, der Landesvorsitzende Dietel aus Rheinland-Pfalz, sowie Herr Mack aus Bayern,

der im Jahr 2014 Spitzenkandidat war. Weitere Kandidaten und ausführlichere Vorstellungen folgen demnächst auf unserer Wahlseite:

<https://www.die-republikaner.net/europawahl/>

Als erste freiheitlich-konservative Partei wurden wir 1989 in das Europäische Parlament gewählt. 2019 wollen wir diesen Erfolg wiederholen, damit unsere Interessen in der EU endlich wieder Gehör finden. Packen wir es gemeinsam an und sorgen wir für einen echten Gegenpol zu den Altparteien.

Wahljahr 2019

Das Wahljahr 2019 rückt immer näher und neben der Europawahl finden noch weitere Landtags- und Kommunalwahlen statt, an denen wir Republikaner teilnehmen werden. So werden z.B. in den kommenden Wochen die Aufstellungsversammlung in Sachsen durchgeführt. Hier wählen unsere Parteifreunde die Kandidaten für die Landtagswahl und starten danach in die Unterschriftensammlung, um die Voraussetzung schnell zu erfüllen. Zudem wird die Kommunalwahlteilnahme vorbereitet. Besonders Sachsen bietet viel Potential für freiheitliche Parteien, weshalb der Wahlkampf mit viel Einsatz und Engagement geführt werden wird.

Protest gegen Moscheebau in Monheim

Gegen die Grundstücksgeschenke der Stadt Monheim an Islamverbände führte die BPE-Bewegung eine Kundgebung in durch. Diese Veranstaltung wurde auch von einigen Mitgliedern unserer Partei besucht. Während der lokale Bürgermeister mit Jubelpersern die Bereicherung feierte, positionierten sich die Kritiker auf dem Rathausvorplatz.

Buchvorschlag zu den Rundfunkgebühren:

(Von Johann Gärtner) Wer die Merkel-Festspiele in den öffentlich-rechtlichen Sendern verfolgt und das seit den Bundestagswahlen zunehmend krampfhaft Bemühen, »Mrs. 32,9 %« nochmal ein Dakapo im Kanzleramt zu sichern, der dürfte sich wieder einmal fragen, wofür wir unsere Beiträge an ARD, ZDF und Deutschlandradio (besser bekannt als GEZ-Gebühren) zahlen müssen. Warum »müssen« wir eigentlich zahlen? Was passiert, wenn wir nicht zahlen? In seiner Neuerscheinung GEZ deckt der Autor Michael Grandt den ganzen GEZ-Wahnsinn minutiös auf. Und er verrät Ihnen auch, wer von diesem System profitiert.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen,



entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Kontakt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. in Bruchsal und Wiesental. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.